



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03055**
Datum: 10.05.2017
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	31.05.2017	öffentlich Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	07.09.2017	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	14.09.2017	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.09.2017	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.09.2017	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von Kinderarmut

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Haushaltsentwurf 2018 drei zusätzliche Vollzeitstellen und entsprechende Sachmittel im Fachbereich Gesundheit bereitzustellen, um folgende zusätzliche Aufgaben (jeweils eine VzS) ab dem kommenden Haushaltsjahr zu erbringen:

1. Neuausrichtung der „Neugeborenenbegrüßung“

- Umstellung/ Ausbau dieses niedrigschwelligen Beratungsangebotes für Neu-Eltern zu einem Besuchsservice
- der Begrüßungsbesuch ist ein freiwilliges und kostenloses Angebot, bei dem eine Mitarbeiter*in des „Teams Begrüßungsbesuche“ zu den Familien nach Hause kommt - er dient der Information und Beratung der Eltern zu all ihren Fragen in Bezug auf ihre neue Situation des Elternseins

- das Team der Begrüßungsbesuche ist sozialräumlich vernetzt und kennt relevante Angebote im Stadtraum, wie Stillberatung, Krabbelgruppen oder Babyschwimmen
2. Familiencoaching in Zusammenarbeit mit dem EB Kita und als Angebot für andere Träger von Kindertageseinrichtungen
- Koordination und Organisation von Angebote in Kindertageseinrichtungen in den Themenbereichen kindgerechte Entwicklung, Ernährung und Gesundheitsförderung
3. Elternberatung an der Schnittstelle Schule
- Information und Beratung der Eltern zu Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf den Schulbeginn in Zusammenhang mit den Vorschuluntersuchungen der Kinder.
 - Erarbeitung und Ausreichung von Übersichten zu bestehenden Unterstützungsangeboten, beispielsweise:
 - zu gesunder Ernährung
 - zu kostenlosen und kostenpflichtigen Angeboten für Kinder in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales
 - zu Angeboten der Familienberatungsstellen

Nach zwei Jahren werden die Maßnahmen und deren Umsetzung evaluiert und der Stadtrat über die Ergebnisse informiert.

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Nach Angaben einer im September 2016 veröffentlichten Studie haben im August des vergangenen Jahres 33,4 Prozent der Kinder in Familien in Halle gelebt, die auf Hartz-IV angewiesen sind. Die Ursachen von Kinderarmut zu bekämpfen ist eine gesamtgesellschaftliche und bundespolitische Aufgabe. Die Kommune hat dabei wenig Gestaltungsspielraum. Allerdings ist es sehr wohl möglich, die Folgen von Kinderarmut zu mildern. Im Kinderarmutsbericht der Stadt Halle aus dem Jahr 2012 und dem vom Stadtrat im Februar 2015 beschlossenen Maßnahmenplan (VI/2014/00462) gab es dazu eine Reihe von Handlungsempfehlungen, die allerdings bisher nicht in vollem Umfang umgesetzt wurden.

Vorgeschlagen wird, drei Maßnahmen des Maßnahmenplanes aufzugreifen und künftig als kommunale Aufgaben durch zusätzliches Fachpersonal zu realisieren. Konkret sollten dazu drei neue VzS im Haushaltsplan 2018 geschaffen und mit Präventionscoaches beim Fachbereich Gesundheit besetzt werden.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

24.05.2017

Sitzung des Stadtrates am 31.05.2017

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von
Kinderarmut**

Vorlagen-Nummer: VI/2017/03055

TOP: 9.10

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag zur Vorberatung in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und in den Jugendhilfeausschuss. Es bedarf der Prüfung der Einzelmaßnahmen in den zuständigen Fachausschüssen und Darstellung der Angebote, die es bereits gibt.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister